

**Landesastenkonzferenz (LAK)
Baden-Württemberg**

Protokoll

über die Sitzung der Landesastenkonzferenz Baden-Württemberg am 30.10.16, an der
Hochschule Biberach

Beginn: 12:00 Ende: 18:40

Anwesende Mitglieder des Präsidiums: Fabian Wiedenhöfer
Patrick Haiber
Sonja Schnappauf

Anwesende Delegierte der Verfassten Studierendenschaften:

<i>Name</i>	<i>Hochschule</i>	<i>Stimmberechtigung?</i>
Dlugosch, Tobias	Uni Ulm	Ja
Khalaghi, Parisa	Uni Ulm	Nein
Wohlwend, Victoria	Uni Ulm	Nein
Neumann, Magdalena	PH Heidelberg	Ja
Bauer, Valentin	HfMdK Stuttgart	Ja
Petrov, Marta	HTWG Konstanz	Ja
Drewske, Daniel	PH Freiburg	Ja
Zwiener, Julian	PH Freiburg	Nein
Gruse, Eva	Uni Heidelberg	Ja
Metzler, Nathalie	Hochschule Biberach	Nein
Boberach, Christina	Hochschule Biberach	Nein
Beck, Florian	Hochschule Biberach	Ja
Hofmann, Florian	Hochschule Biberach	Nein
Schürle, Sebastian	Hochschule Aalen	Ja
Roggors, Johannes	Hochschule Aalen	Nein
Evers, Jannis	HfT Stuttgart	Ja
Mauritius, Tengler	HfT Stuttgart	Nein
Schindelar, Sigrid-Alina	HfT Stuttgart	Nein
Bauer, Tenko Glenn	Uni HD	Nein
Dallinger, Sebastian	Uni Stuttgart	Ja
Graf, Sarah	Uni Hohenheim	Ja
Nguyen, Mink Tu	HdM Stuttgart	Nein
Kolbe, Johannes	HdM Stuttgart	Ja

Ouattara, Maimouna	Universität Potsdam (BAS e.V.)	Nein
Schön, Isabel	Uni Freiburg	Ja
Gratz, Mandy	Uni Frankfurt (fzs)	Nein
Albertsen, Hauke	DHBW	Ja
Lindner, Matthias	DHBW	Nein
Junk, Martin	KIT	Ja

Gäste: Alexander Salomon, Abgeordneter Landtags BW
Stefanie Seemann, Abgeordnete Landtag BW

Vollständige TO mit allen auf der Sitzung vorgenommenen Änderungen:

1. Begrüßung und Formalia
2. Einladung Fr. Seemann Erhöhung der Studiengebühren
3. Studiengebühren für Ausländische Studierende und Erhöhung Verwaltungsbeitrag
4. Wahl des Präsidiums
5. Studiengebühren für Ausländische Studierende und Erhöhung: Positionspapier
6. Vorstellung der durch fzs erarbeiteten Flyer zu Studiengebühren
7. Semesterticket
8. VG-Wort
9. Förderverein/LAK ev.
10. Wohnraumsituation
11. Information/Austausch

Protokoll: Christina Boberach, Hochschule Biberach

Sitzungsleitung: Patrick Haiber

TOP 1: Begrüßung und Formalia

- Das Präsidium begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.
- Veränderung der Tagesordnung TOP 7 wird vorgezogen

TOP 2: Einladung Fr. Seemann Erhöhung der Studiengebühren

- Vorstellung der Gäste:
 - Stefanie Seemann, Abgeordnete des Enzkreises, im Wissenschaftsausschuss, verantw. für Belange der Studierenden.
 - Alexander Salomon, Abgeordneter, Mitglied des Wissenschafts- und Finanzausschusses
- Erläuterung der Problematik durch Frau Seemann und Herrn Salomon:
 - Um die Schuldenbremse einzuhalten, müssen Einsparungen getätigt werden. Das MWK ist nun auch betroffen, da bei anderen Ministerien weitergehende

Einsparungen nicht mehr vertretbar sind. (48 Mio. pro Jahr) Statt Kürzungen vorzunehmen, die kurzfristig kaum zu realisieren sind, sollen Gebühren erhoben werden.

- allgemeine Studiengebühren sollen nicht eingeführt werden, jedoch:
 - Für internationale Studierende ein Beitrag von 1500 Euro, bei dem 300 Euro den Hochschulen zukommen, hier soll eine Verbesserung stattfinden, um die hohe Abbrecherquote zu verringern. Betroffen sein sollen Studierende, die sich nur für das Studium hier aufhalten, sprich niemand der in Deutschland mit ausl. Pass aufgewachsen ist.
 - Zweitstudiengebühren: in Höhe von 650 Euro pro Semester. Nicht für zusammengehörende Bachelor und Masterstudiengänge. Möglichkeit von parallelem Studium zweier Studiengänge soll bestehen bleiben.
 - Erhöhung der Verwaltungsgebühren um 10 Euro.
- Rahmenbedingungen sollen geklärt werden, um sozialverträgliche Einnahmen generieren zu können. In anderen Ländern sind keine durch Studiengebühren entstandene, negative, Auswirkungen bekannt.
- Grundsätzliche Diskussion über Einführung der Gebühren wird nicht mehr stattfinden, es geht nun um die Ausgestaltung.
- Beginn der Erhebung voraussichtlich WS 17/18. Nach Gesetzgebungsverfahren, Zielsetzung für März 17.
- Rückmeldung und Fragen durch anwesende Studierende:
 - Fabian: Einsparung in anderen Ministerien?
 - Seemann: Gesamteinsparungen für alle Ministerien liegen bei 320 Mio.
 - Salomon: Im Innenministerium kann es keine weitergehenden Einsparungen geben. In letzter Legislaturperiode wurde MWK von Einsparungen ausgeklammert. Effizienzsteigerungen notwendig, Steuerung der Ressourcen.
 - Eva: Überprüfung, dass 300 Euro an Studierende gehen?
 - Salomon: Hochschule erhält hat Verwendungsspielraum, Erfolg des Studiums soll positiv beeinflusst werden.
 - Eva: Rassistische Gebühr, die auch diejenige trifft, die so schon kein Geld haben.
 - Salomon: Ausnahmeregelungen in schwierigen Fällen und Stipendien. Es wird nicht davon ausgegangen, dass die Anzahl der internationalen Studierenden sinkt. Besonderheit, dass es hier bisher keine Gebühren gibt. Studierende kommen wegen exzellentem Studium, nicht weil es günstig ist.
 - Maimouna: Gleiche Bedenken, wo kommen die 1200 Euro hin?
 - Seemann: Werden in Landeshaushalt einfließen.
 - Valentin: Gefährdung des internationalen und (Musik-)kulturellen Austauschs. Förderung von Musik wird geringer. Die Zweitstudiengebühr verhindert einen zweiten Weg neben dem künstlerischen. Schulmusikstudierenden wird z.B. so das Studium des Instruments im Anschluss erschwert. Hoher Widerstand durch Studierende des Bachelors Musik erwartet.
 - Seemann: Anzahl der internationalen Studierenden wird voraussichtlich nicht zurückgehen. Hochschulen sollen Kriterien

entwickeln, wodurch entschieden wird, wer kostenfrei studieren darf. Ausnahmen wird es geben. Die Entwicklung wird überprüft.

- Salomon: Die Gebühr fällt an, wenn nach Berufsvorschriften kein Studium nötig ist. Es wird keine zweite Gebühr erhoben, wenn Studiengänge bereits kostenpflichtig sind. Alles was unter Weiterbildung läuft, kann mit Gebühren belastet werden.
- Fabian: Bezweifelt, dass die 300 Euro für die Hochschulen tatsächlich bei internationalen Studierenden ankommen, da die Haushalte der Hochschulen heute schon belastet sind. Angebote in Deutschland nicht vergleichbar mit z.B. jenen in den USA (Sportangebot etc.). Die Einnahmen über internationale Studierende würden das Sparziel übertreffen, wird also mit geringerer Anzahl gerechnet?
 - Salomon: Bei Entscheidung über Verwendung der Gelder sollen Studierende mit einbezogen werden. In bestehende Verträge wird nicht eingegriffen, diese bleiben bestehen. Attraktivität kann auch durch Gebühren steigen. Diejenigen, die heute schon Geldprobleme haben, müssen die Gebühr nicht zahlen. Jene mit Geld leisten sich die hohen Lebenshaltungskosten und können Studiengebühren tragen.
- Sebastian: Gebühren stellen keinen Rassismus dar. Eine gute Betreuung der internationalen Studierenden ist heute schon oft gegeben, das Geld sollte in Personal an den Hochschulen fließen, die Planstellen erhöht werden.
 - Salomon: Durch die Gebühren steigt der Anspruch der Studierenden, Personalerhöhung für diesen Bereich ist möglich.
- Eva: Menschen müssen beweisen, dass sie würdig sind hier zu studieren, es ist keine Gleichbehandlung mehr gegeben, daher handelt es sich um Rassismus. Elitenförderung beim Zweitstudium. Durch z.B. G8 früher Studienbeginn, Gebühren verhindern Umorientierung.
 - Diskriminierung anstelle von Rassismus: Pass ist nicht entscheidend. Keine Elitenförderung in vergleichbaren Fällen festgestellt. Bafög verhindert oft schon Zweitstudium.
- Sarah: Probleme der internationalen Studierenden sind Wohnraum und Geldmangel. Ihnen nützt zusätzliches Geld an Hochschulen nichts. In welcher Form soll das Geld zur Internationalisierungsstrategie beitragen?
 - Salomon: Internationalisierungsstrategie wird weiterhin Geld erhalten. Sprache ist auch oft ein Problem. Internationales Studium soll beworben werden. Wohnraumprobleme generell da, Problem wird angegangen. Erhebung der Gebühr gewährleistet, dass heutiger Stand gehalten werden kann.
 - Seemann: Betreuungsunterschiede sind da. Bei Verbesserung soll Abbrecherquote geringer werden.
- Tenko: Kommt einem Ausstieg aus dem Bologna Prozess gleich, Studierenden aus Ländern wie Armenien etc. ist es nicht möglich Gebühren zu zahlen.
 - Salomon: Diese Länder können ausgenommen werden.
- Patrick: Ausnahmeregelungen bringen Verwaltungsaufwand mit sich. Geld wird hierfür drauf gehen.
- Isabel: Gebühren verschärfen Problem sich ein Studium leisten zu können. Falscher Weg.

- Mandy: Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass 300 Euro durch Verwaltungsaufwand untergehen. Gebührenerhebung wirkt auch aufgrund bürokratischen Aufwands abschreckend für internationale Studierende. Internationale Zusammenarbeit kann zurückgehen. Falsche politische Wege wurden gegangen. Betroffene Studierende sind nicht Teil der Debatte. Studiengebühren forcieren, dass nur noch die Oberschicht studiert.
 - Salomon: Prozess soll mit Studierenden getragen werden. Mehrheiten für Schuldenbremse etc. sind so gegeben. Einsparvorgaben wurden hart verhandelt. Im letzten Jahr wurde Bildung stark mit Geld unterstützt.
- >Information aus Thüringen, dort wo die Ausgaben durch Bürokratie Einnahmen übersteigt anderen zugänglich machen.
- Konkretisierung des Stipendiensystems:
 - Seemann: Keine Veränderungen im Stipendienbereich, Anpassungen wird es geben. Ausnahmebestände werden durch Hochschulen festgelegt.
- Übergabe der Verantwortung an die Hochschulen
 - Salomon: Entwicklungszusammenarbeiten bleiben bestehen, Rahmen zum eigenen Handeln für Hochschulen, mehr als 10% werden von Gebühren ausgenommen. Gute Finanzierung der Hochschulen soll aufrecht erhalten werden.
- Ben: In letzter Regierungsphase waren die gleichen Personen beteiligt, falsche Planung. Nun werden diejenigen belastet, die sich am wenigsten wehren können: internationale Studierende. Zwangsgebühr für alle Hochschulen, Gegenbsp. Sachsen: Studiengebühr für internationale Studierende auf Entscheidung der Hochschulen, nur eine Hochschule erhob sie, hier unrechtmäßige Einführung.
 - Seemann: Mangelhafte Ausgestaltung in Sachsen. Anderer Zeitpunkt, andere Problemstellungen in der Regierungszeit.
 - Salomon: Einsparungen in diesem Bereich sind nun nicht mehr vermeidbar. Regelung in Sachsen griff Satzungen der Hochschulen an. Klagen sind nicht vermeidbar.
- Magdalena: Sind auch Studierende dich schon hier sind betroffen?
 - Seemann: Nein, nur diejenigen, die neu anfangen.
- Tobias: Gebühren sind gegen Chancengleichheit; Diskriminierung der Ausländer führt zu Werteverkauf der Partei. Direkter Kontakt zu internationalen Studierenden sollte hergestellt werden. Es gibt zu viele Ausnahmeregelungen.
- Parisa (engl. sprachig): Umfrage an Uni Ulm gemacht, wer sich das Studium mit Gebühr (int. Stud.) noch leisten könnte: 40 Teilnehmer, 2 könnten es sich leisten, 5 mit großem Aufwand und der Rest nicht. Studierenden arbeiten viel neben dem Studium, Leistungen werden schlechter, wenn noch mehr gearbeitet werden muss. Studienlänge wird zunehmen. Internationalisierung wird beschädigt. Stipendien können das Problem nicht lösen, Zahl der internationalen Studierenden wird sinken.
 - Salomon (deutsch): Problematik wird gesehen, kein Gegenargument da. Auswirkungen werden sich noch zeigen, es wird Gebührenmonitoring stattfinden. Rückgang der Studierendenzahl kann

über die Jahre aufgefangen werden. Ziel ist nicht, dass nur Leute mit Geld zum studieren herkommen.

- Seemann: Ausgestaltung ist noch offen, es muss Einsparungen geben oder Einnahmen generiert werden. Sozialverträglichkeit muss sichergestellt werden, Erfahrung durch große Familie. Es ist momentan nicht möglich alle Ziele der grünen Fraktion umzusetzen.
- Marta: Höhe der Zweitstudiengebühren. Finanzierungsnot führt zu erhöhtem Arbeiten neben dem Studium, Studium wird länger.
 - Seemann: 650 Euro pro Semester
 - Salomon: Abstrakter Fall, statistisch vernachlässigbar.
- Mandy: 63% der Studierenden müssen schon im Erststudium arbeiten. Lebenshaltungskosten von 700-800 Euro mtl. Ausnahme dass schon heute jmd. im Zweitstudium nicht arbeiten muss. Doppeltes abkassieren: Leute zahlen Steuern wenn sie arbeiten und zusätzlich Studiengebühren.
 - Salomon: Konkreter Fall, gibt es Personen die sich in BW es dann nicht leisten könnten.
 - Patrick: Zweitstudium wäre für mich nicht möglich.
 - Alina: Wenn kein Geld für Zweitstudium da ist, orientieren die Leute sich anders, sind nicht mehr erfassbar unter Studierenden.
 - Tenko: Tatsächliche Fälle bekannt, wo Zweitstudiengebühren Studium verhindern würde.

Abstimmung über Schließung der Redeliste: abgelehnt.

- Sarah: Gebühr wird eingefordert, bei der noch nicht sicher ist, ob sie tatsächlich so durchgesetzt werden kann.
 - Salomon: Legislative und Exekutive sind der Meinung, dass es durchführbar ist. Wenn Gebühreneinführung nicht funktioniert muss es Kürzungen geben. Hochschulfinanzierungsvertrag wird nicht gebrochen. 10 Euro müssen von jedem Studierenden gezahlt werden um den Landshaushalt zu decken.
- Victoria: Eigener Lebenslauf: kommt aus der Schweiz, Eltern können ihr das Studium nicht finanzieren, erhält kein Bafög, Mutter aus Osteuropa, internationaler Hintergrund. Bei Studiengebühren würde sie wo anders studieren, langes Studium: 10 Semester voraussichtlich. Probleme für Frauen, die nicht erst sehr spät Kinder bekommen möchten. Problematik führt zur Entscheidung Kinder oder Wissenschaft, Vater kann Familieneinkommen heute nicht alleine sicherstellen. Grüne standen immer für gute Familienpolitik.
 - Salomon: Musterfall wo es keine Gebühren geben würde. Sehr nachvollziehbare Problematik, Ziel ist einfache Regelung und ein gerechtes System. Teilzeitstudiengänge wurden auf den Weg gebracht.

Pause: 14:20 bis 14:25

Ankündigung: Frau Seemann und Herr Salomon werden die Sitzung um 14:45 verlassen.

- Matthias: Selektion durch Einführung der Gebühren, ist dies gewollt. Lohnt sich die Einführung bei der großen Anzahl an Ausnahmen?

- Salomon: Ungerechtigkeiten müssen durch Ausnahmen berichtigt werden. In grundlegenden Positionen wird es wohl keine Einigung geben.
- Eva: Austausch zu suchen ist richtig, dieser hätte früher stattfinden sollen. Studienzeit wird sich verlängern.
 - Salomon: Teilzeitstudengänge sind bewusst eingeführt worden, jeder Studiengang muss in Teilzeit studierbar sein. Die Maßnahmen wurden noch nicht angenommen, auf Diskussion wird eingegangen. Haushaltsaufstellung liegt in anderer Hand.
- Eva: Schere zwischen Arm und Reich wird größer wenn Weiterbildung, Zweitstudium, nur für einen kleineren Teil möglich ist.
 - Salomon: Weiterbildung mit Master ist ohne Zweitstudiengebühren weiterhin möglich.
- Sarah: Wie wurde bei Einsparungen berücksichtigt, dass ein längeres Studium das Land mehr Geld kostet?
 - Salomon: Ist nicht direkt aufzurechnen, durch Erfahrungen wurde festgestellt, dass Gebühren nicht zu Verlängerung der Studiendauer führen. Eine seriöse Aussage kann hierzu nicht einfach getroffen werden.
- Marta: Der Betrag von 1200 Euro ist zu hoch angesetzt, mit der Schweiz vergleichbar. Dort gibt es jedoch z.B. gezielte Förderung der Studierenden.
 - Salomon: Kann erst im Nachgang festgestellt werden.

Patrick: Zusammenfassung der Diskussion: Es gibt zwei Fronten, die Abgeordneten sehen keine anderen Ausweg Geld einzusparen. Es sollten weitere Beispiele gefunden werden, die Probleme mit Studiengebühren aufzeigen, gibt es andere Möglichkeiten Geld einzusparen.

Seemann: Möchte keinen Gebühren, sieht sie jedoch als einzigen Weg.

Patrick: Studierende sollten Teil bei Debatte von Gesetzesentwurf sein.

Salomon: Spricht Dank aus, Fronten sollten nicht aufgebaut werden, die Diskussion aufrecht erhalten werden.

Tenko: Antrag die Tagesordnung mit dem Thema Studiengebühren fortzuführen.

TOP 3: Studiengebühren für Ausländische Studierende und Erhöhung Verwaltungsbeitrag

- Arbeitskreis hat gestern getagt und Positionspapier ausgearbeitet, geringe Teilnehmerzahl. Lesepause von 6 Minuten. (Lastuve.piratenpad.de/66)
 - Fabian: Inhalt: LaStuVe ist gegen jede Einführung von Studiengebühren, Begründungen und Argumente, gegen Erhöhung des Verwaltungskostenbeitrags. Studienchancen werden verschlechtert, Haushaltsplanung ist nicht alternativlos.

Redebeiträge:

- Tenko: Positionspapier sollte deutlicher die Ablehnung übermitteln, zu freundlich gehalten. Änderungen sollten vorgenommen werden. Ungenaue Ausführung sollte konkretisiert werden, Argumente weiter ausgeführt.
- Sebastian D.: Verwaltungsgebühren können zu richtigen Studiengebühren anwachsen.
- Sarah: Trennung zwischen Positionspapier und Öffentlichkeitsarbeit sollte klar bleiben. (Zustimmung durch Valentin)
- Tu: Ablehnung ist den Abgeordneten klar, es sollten Vorschläge gemacht werden.
- Isabel: Keine Vorschläge, da diese eine Art der Zustimmung signalisieren würden. (Zustimmung durch Eva, Marta, Matthias)
- Fabian: Klare Position gegen Studiengebühren, erst wenn das Gesetz da ist, sollte man bei der Ausführung mitarbeiten.

TOP 4: Wahl des Präsidiums

Die Amtszeit des Präsidiums endet, falls niemand gefunden wird muss die ausrichtende Hochschule das Präsidium stellen. Max. 5 Mitglieder, Voraussetzung ist Mitgliedschaft in einer VS.

Aufgabenfeld: Gründung Förderverein, Administrative Zuständigkeit, Diskussion hochschulpolitischer Themen, regelmäßige Treffen im Ministerium, Ansprechpartner für Studierendenschaften, Pressemitteilungen, Vorbereitung der LAK

Bewerber:

- Alina Schindelar, 29 studiert Bauingenieurwesen an der HfT Stuttgart
- Florian Beck, 26 studiert im 2. Semester Master BWL an der Hochschule Biberach, seit 1 ½ Jahre Vorsitzender der VS

zur Wiederwahl:

- Fabian Wiedenhöfer, studiert im 10. Semester Software Engineering in Heilbronn, kein weiteres Amt an Hochschule, möchte den Förderverein voran bringen, Kontakt mit Studierenden pflegen, konstituierende Landesstudierendenvertretung
- Patrick Haiber, 26 studiert im 11. Semester Physik an der Uni Konstanz, möchte Förderverein voran bringen, Austausch mit Bundesfachschaftentagung der Physik (ZaPF), Kontakt mit politischen Vertretern
- Sonja Schnappauf 21, studiert im 5. Semester Jura in Konstanz, übernimmt viele Formalien, beschäftigt sich mit dem Administrativen

Wahlleitung übernimmt Matthias Lindner:

Fragerunde:

- Isabel: Scheint, als würden alle Formalitäten durch Frauen übernommen, würdet ihr auch hier etwas übernehmen?
 - Sonja: übernimmt Aufgaben gerne, ist am nächsten am Thema dran.
 - Patrick: Fristen, Terminkoordination ist keine Stärke; Befassung mit Regelwerken usw.: Konstituierung der LAK, Entscheidungen durch Ministerium; Fristverlängerungen für Förderverein, da Gemeinnützigkeit noch

bescheinigt werden muss, Satzungsänderungen notwendig, Erhebung der Beiträge für Förderverein ab Januar möglich.

- Fabian: Übernahme von Verwaltungsaufgaben, gemeinsames Arbeiten ist da. Übernimmt Antragsstellen etc. Momentan defizitäre Arbeit des Präsidiums.
- Mathias: Koordination der Arbeitskreise, Beschäftigung mit Förderverein
 - Sonja: Austausch mit AKs soll stattfinden. Größere Aktivität im AK Semesterticket möglich, Zeitaufwand muss vertretbar sein. Bisher keine Aktivität bei Förderverein.
 - Alina: Mehr Mitglieder in AKs. Einarbeitung in Förderverein wäre noch notwendig.
 - Florian: Einarbeitung in Förderverein wäre noch notwendig.
 - Patrick: Koordination der AKs sollte nicht durch das Präsidium stattfinden, aber Mitglieder sollten Teil von AKs sein. Wunsch nach jmd. der Lehramt studiert und beratend tätig sein wird:
 - Valentin und Julian erklären sich bereit.
 - Fabian: Momentan schlechter Überblick über AK, würde Beteiligung des Präsidiums darin begrüßen.
- Martin: Wie könnte schlechte Vernetzung der Studierendenschaften verbessert werden?
 - Sonja: Keine sofortige Lösung, Punkt soll Beachtung finden.
 - Florian: Über Studierendenwerk wird Kontakt zu anderen Hochschulen hergestellt, z.B. zu Aalen und Ulm. Informelle Treffen für die Förderung des Austauschs wären sinnvoll.
 - Patrick: Thema im Arbeitskreis IT, um eine einfachere Vernetzung zu ermöglichen.
 - Fabian: Mailverteiler ist momentan der einzige Kommunikationsweg. Forum, Wiki, WhatsApp Chats etc. nicht vorhanden. Nicht mehr aktuelle Verteiler. Hier soll Zeit und Geld investiert werden.
- Mandy (vertritt fzs): Gibt es Themen mit bundesweiter Bedeutung, bei denen Mitarbeit möglich ist, z.B. Studiengebühren, VG Wort, Bundesteilhabegesetz, Mutterschutz. Wie kann Zusammenarbeit mit andern Ländern aussehen?
 - Florian: Nimmt bei Bundesfachschaftentagung in Hamburg teil.
 - Alina: Hat sich noch nicht mit Materie befasst. Bsp. an eigener Hochschule gibt es die Möglichkeit das Kind nach der Geburt betreuen zu lassen, Unterstützung von Alleinerziehenden durch Stipendien, wichtiges Thema.
 - Fabian: fzs, hier werden Themen besprochen.
 - Patrick: Guter Bezug zu Bundesfachschaftentagungen, Wege von dort zum LAK, UFaTa. Informationsbeschaffung zu VG-Wort, um fundierte Infos zu erhalten.
 - Sonja: Notwendigkeit wird gesehen, allerdings personell nicht so einfach zu stemmen.
- Eva: Gibt es Verbindungen zu Parteien und Vereinigungen?
 - Sonja: kein Mitglied einer Partei
 - Patrick: Engagement nur bei LAK, BuFaTa Physik, MeTaFa
 - Alina: parteilos

- Fabian: parteilos
- Marta: Asana wird zur Koordination von Aufgaben und Terminabstimmung genutzt und könnte auch für LAK von Interesse sein.
- Alina: Aufruf zum Engagement wenn jmd. Fachkenntnisse hat, die er/sie gerne einbringen möchte.
- Tenko: Schlechte Koordination/Information zu Studiengebühren, keine Konferenz zu dem Thema. Inhalte sollten wichtiger als Geld sein, Förderverein zweitrangig. Was wird gegen Studiengebühren unternommen?
 - Fabian: Kontakt mit Hohenheim zur Ausarbeitung eines Papieres, Austausch mit fzs, Diskussion in LAK. Ausarbeitung des Positionspapieres.
 - Patrick: Auswirkungen der Schuldenbremse auf BuFaTa diskutieren. Ausarbeitung über VG-Wort ist leider nicht wie geplant, durch technischen Fehler, bei Verfassten Studierendenschaften angekommen.
 - Sonja: war schlechter Zeitpunkt, da persönlich, familiär zeitlich eingeschränkt.
 - Alina: Gespräche auch mit anderen Parteien als den Grünen als Regierung können geführt werden.
 - Florian: Hauptsorge, dass Studiengebühren im Kleinen eingeführt und dann gesteigert werden. Möglichst viel Kraft mobilisieren.
 - Fabian: Politisch sollte Druck gemacht werden. Veröffentlichen des Positionspapiers, möglichst viele Personen erreichen, Demonstration organisieren.
- Mathias: Kommunikation innerhalb des Präsidiums scheint mangelhaft, wie könnte man das ändern.
 - Alina: Treffen und Verbindung durch digitale Medien. Treffen vor oder nach LAK ermöglichen.
 - Fabian: Klare Aufgabenverteilung, die auch öffentlich sichtbar wird. Verantwortlichkeit muss hergestellt sein, um unnötige Doppelarbeit zu vermeiden und zu verhindern dass Aufgaben nicht erfüllt werden.
 - Patrick: Es gab Aufgabenteilung, Kommunikation und Verantwortung spielt zusammen. Regelung sollte im neuen Präsidium stattfinden.
- Tenko: Was sind die wichtigsten Themen im neuen Jahr?
 - Patrick: VG Wort
 - Fabian: Wohnraum
 - Alina: Studiengebühren
- Tenko: Ist Zusammenarbeit mit AfD geplant?
 - Sonja: Kommt darauf an.
 - Patrick: Eher nicht.
 - Alina: Politikneutral, scheut nicht vor Gesprächen und Aushandlungen zurück. Kann je nach Fall zu Ablehnung führen.
 - Patrick: Würde z.B. Informationen weitergeben um etwas gegen Studiengebühren zu erreichen.
 - Fabian: Ablehnung der Werte der AfD, keine Zusammenarbeit.

Wahl: (zu Wählende verlassen den Raum), Wahlleitung: Matthias.

Zur Wahl ins Präsidium ist die absolute Mehrheit erforderlich. Im Präsidium sind alle gleichberechtigt. Wahl von max. 5 Personen. Anwesende stimmberechtigte Mitglieder: 14

	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
Sonja Schnappauf	12	1	1
Fabian Wiedenhöfer	12	1	1
Patrick	12	1	1
Alina Schindelar	11	1	2
Florian Beck	10	1	3

Pause: 16:24 bis 16:34

TOP 5: Studiengebühren für Ausländische Studierende und Erhöhung: Positionspapier

Besprechung des Positionspapiers, Abstimmung über Änderungsanträge, mit einfacher Mehrheit gilt der Antrag als angenommen.

1. Änderungsantrag: Zeile 6 „auf dem Rücken der Studierenden“
-> angenommen
2. Änderungsantrag: Ersetzen von „ausländisch“ durch „international“, Zeile 13 ersetzen von „international“ durch „diese“
-> angenommen
3. Änderungsantrag: Zeile 11 „exzellent“ streichen. Um zu zeigen, dass für alle Bildung ermöglicht sein soll.
-> angenommen
4. Änderungsantrag: Zeile 13, Satz 2 streichen. Da keine Rechtfertigung für Zweitstudium nötig.
-> angenommen
5. Änderungsantrag: Zeile 13 ergänzen: "Darüber hinaus wird mit dieser Erweiterung der Studiengebühren auf zusätzliche Bereiche Bildung immer mehr zu einer Ware, die sich geleistet werden muss. Dies ist nicht mit der Idee freier Wissenschaft, Chancengleichheit und dem Abbau von Ungleichheit vereinbar und somit aus Sicht der Landesstudierendenvertretung abzulehnen."
Abstimmung über Wortwahl:
„Ware“ durch „Privileg“ ersetzen:
-> abgelehnt.
„Ware“
->angenommen
Abstimmung über ges. Satz:
-> angenommen
6. Änderungsantrag: Z.15: Fügen nach Satz 2 ein: „Bei einer Erhöhung der Verwaltungsbeiträge von 50 % innerhalb der letzten 3 Jahre auf insgesamt 60 € kann man schon von allgemeinen Studiengebühren sprechen.“

Änderung des Änderungsantrags, Abstimmung über zwei Varianten:

- a. Bei einer Erhöhung der Verwaltungsbeiträge von 50 % innerhalb der letzten 3 Jahre auf insgesamt 60 € kann man bereits jetzt von allgemeinen Studiengebühren sprechen, die auf diese Weise durch die Hintertüre eingeführt wurden.

-> 6 Stimmen

- b. Bei einer Erhöhung der Verwaltungsbeiträge von 50 % innerhalb der letzten 3 Jahre auf insgesamt 60 € kann man bereits jetzt von allgemeinen Studiengebühren sprechen, welche auf diesem Weg indirekt eingefordert werden.

-> 6 Stimmen

erneute Abstimmung: Satz a. wird angenommen.

- c. Die Erhöhung der Verwaltungsbeiträge von über 50 % auf insgesamt 70 € innerhalb der letzten 3 Jahre [erweckt den Anschein der schrittweisen Einführung allgemeiner Studiengebühren]

-> Satz a. gegen Satz c. ->Satz c. mehrheitlich angenommen.

7. Änderungsantrag: Z. 15 Füge nach dem Absatz ein: "Die geplanten Gebühren konterkarieren eine der wesentlichen Ideen des Bologna-Prozesses: Die Mobilität von Studierenden innerhalb der European Higher Education Area zu ermöglichen. Viele der Staaten die hier Mitglied sind, sind sog. "Drittstaaten" und nicht Mitglied der europäischen Union. Gebühren wie sie die Landesregierung plant sind somit eine Bankrotterklärung jeglicher Internationalisierung der Hochschulen in Baden-Württemberg."

Änderung des Änderungsantrags

- a. Gebühren, wie sie die Landesregierung plant sind somit eine Bankrotterklärung jeglicher Internationalisierung der Hochschulen in Baden-Württemberg.

->4 Stimmen

- b. Gebühren, wie sie die Landesregierung plant sind somit eine deutliche Absage jeglicher Internationalisierung der Hochschulen in Baden-Württemberg.

->7 Stimmen

Abstimmung über ges. Satz:

-> angenommen.

8. Änderungsantrag: Z. 17: Streiche Satz 1-3. Füge ein: "Die Landesregierung behauptet, die geplanten Sonder-Studiengebühren seien alternativlos. Es ist nicht transparent, ob konkrete alternative Finanzierungsmöglichkeiten eruiert wurden, bevor die Entscheidung fiel, den Hochschulfinanzierungsvertrag auf Kosten der Studierenden umzusetzen. Sparzwänge können kein Argument dafür sein, dass beim Zugang zu Bildung und Weiterbildung selektiert wird - insbesondere in Bezug auf Menschen, die sich ohnehin schon in einer prekären ökonomischen Situation befinden." (letzter Satz bleibt)

-> angenommen

Abstimmung über gesamtes Positionspapier: Einstimmig angenommen.

Abstimmung über Termin für Telefonkonferenz zum Besprechen des weiten Vorgehens, Ermittlung der möglichen Aktivitäten der Verfassten Studierendenschaften:

Sonntag 15 Uhr 6.11. FZS kann einen Raum mit Einwahl stellen, oder über Mumble, Ben und Mandy organisieren Raum für Telko.

Deadline zum Sitzungsende 18:30

TOP 6: Vorstellung der durch fzs erarbeiteten Flyer zu Studiengebühren

Tenko: Es wurden 3 Flyer erstellt, die, mit gleicher Vorderseite, auf der Rückseite die drei geplanten Studiengebühren erklären. Dient zum Aufruf zum Engagement gegen die Studiengebühren für Studierende. Zielsetzung ist die Veröffentlichung in 1 ½ Wochen. Rohdateien soll den Verfassten Studierendenschaften zur Verfügung gestellt werden. Englischsprachige Fassung ist möglich.

Ben: Es besteht die Möglichkeit auch beidseitig bedruckte Sticker anzufertigen.

Sarah: Verschiedene Hashtags werden genutzt, wie „Bauerntaxe“ und „Studiengebühreneindanke“

Abstimmung über einheitliche Nutzung von Hashtags: „Bauerntaxe“ und „Studiengebühreneindanke“:

Bauerntaxe mehrheitlich angenommen.

Der verwendete Begriff „Paywall“ wird im Zusammenhang von einigen nicht verstanden, Überlegung einen besser zugänglichen Begriff zu verwenden.

Abstimmung zur Unterstützung der Flyer durch LAK, auch bei anderem Begriff als „Paywall“, Entscheidung über diesen wird Präsidium übertragen:

Einstimmig angenommen.

Kontaktdaten zur Bestellung von Flyern und weiterer Informationen an Tenko.

TOP 7: Semesterticket

Matthias: Einführung eines landesweit gültigen Semestertickets wurde landesweit besprochen. Kosten von 300-400 Euro würden entstehen, LAK lehnte es ab.

- Vorstellung von verschiedenen Ausführungen des Semestertickets: verschiedene Wahlmöglichkeiten zwischen im Soli-Betrag enthaltenen Leistungen (Fahrten regional abends und am Wochenende), Regionalem Verkehrsverbund und Landesweitem Ticket.
 - Modell 2, mit Wahl zwischen drei Varianten kommt insg. teurer
 - Modell 3, Wahl zwischen Nutzung mit Soli-Betrag oder Landesweiter Nutzung kommt insg. günstiger.
- Ausarbeitung und rechtliche Prüfung zur Satzungsänderung um Urabstimmung durchführen zu können. Umfrage für internen Gebrauch ist angedacht.

Beschlussvorlage: Preis für das gesamte Landesgebiet möchten wenige Studierende zahlen/nutzen, daher ist Modell 2 mit Wahlmöglichkeiten vorzuziehen. LAK spricht sich für die Einführung des landesweiten dreistufigen Modells aus, das favorisiert verfolgt werden soll. Jede Hochschule kann selbst über die Einführung des Tickets entscheiden.

->angenommen mit : 9 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme, 2 Enthaltungen

Redebeiträge:

- Isabel: In wie weit ist Solidarmodell mehrheitsfähig, der Solidarbeitrag ist momentan schon hoch.
 - Aushandlung für oder gegen Solidarbeitrag findet momentan nicht statt, Variante mit möglichst geringem Soli-Beitrag angestrebt.
- Patrick: Wird das lokale Ticket teurer werden?
 - Kann nicht eindeutig gesagt werden, wenn das Ticket günstiger sein soll muss bei den lokalen Verkehrsverbänden direkt angesetzt werden, hier fällt ein Großteil der Kosten an.

TOP 8: VG-Wort

Patrick: Durch VG-Wort angestrebte Neuregelung: Jede Verwendung eines urheberrechtlich geschützten Wortes muss bezahlt werden, bisher gab es eine pauschale Regelung. Pilotprojekt an der Uni Osnabrück (11-12000 Studierende), führte zu deutlichem Mehraufwand. 4000 Euro kosteten für Meldungen, 21000 Euro für Verwaltung.

- Empfehlung zur Ablehnung der Neuerung soll noch ausgesprochen werden, sodass Hochschulen ablehnen und dadurch Druck ausüben, sodass Neuregelung nicht zustande kommt.
- Teilweise haben Universitäten beschlossen dem neuen Rahmenvertrag nicht zuzustimmen.
- Bei Einführung würden ab 01.01.2016 digitale Skripte verschwinden. Vorlesungsmaterialien jetzt schon runterladen, solange noch vorhanden.

Abstimmung über: Positionspapier mit Ablehnung des neuen Vertrags: mit einer Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Sarah: Abstimmung im Senat an eigener Hochschule in der nächsten Woche. Kommunikation mit Studierendenschaft notwendig.

TOP 9: Förderverein/LAK e.V.

Patrick: Förderverein ist bereits eingetragen, Beitritt ist möglich, Jahresgebühr 450 Euro. Feststellung der Gemeinnützigkeit steht noch aus, Mitgliederversammlung auf der Satzungsänderung beschlossen wird ist nötig. Aufgabenkatalog muss sich verringern, um Gemeinnützigkeit bestätigt zu bekommen. Auflösung des LAK ev. geplant. Fristverlängerung zur Eintragung der Gemeinnützigkeit bis zum 01.02.17

LAK ist GbR und hat wenige Möglichkeiten, Förderverein vereinfacht vieles.

TOP 10: Wohnraumsituation

Schwierige Wohnraumsituation für Studierende: Meinungsforschung von „WG-gesucht“ stellte Ranking der Universitätsstädte mit schlechtester Wohnraumsituation auf: Stuttgart, Freiburg und Tübingen sind mit vorne dabei.

TOP 11: Information/Austausch

Öffnungszeiten an Hochschulen:

Marta: Öffnungszeiten der Hochschule wurden gekürzt, Zugang zu Laboren ist schwieriger und zu bestimmten Uhrzeiten nicht mehr möglich. Wachdienst kostet 40000 Euro pro Semester, um alte Öffnungszeiten aufrecht erhalten zu können. Wie wurde dieses Problem an anderen Hochschulen gelöst?

- Patrick: Hochschule hat gleiches Problem
- Hauke: Problem ebenso da, Klärung durch automatisierten Zutritt.
- Marta: Problem liegt in Versicherungsschutz, niemand darf sich alleine im Gebäude aufhalten. Erste Hilfe etc. ist dann nicht mehr gegeben.
- Sarah: Lernplätze wurden zeitweise abgesperrt, weil Hochschule die Gebühr hierfür nicht zahlte, Notlösung mit zeitweiser Bezahlung durch VS.
- Sebastian: Großer Lernraum an Hochschule vorhanden, der immer mit Ausweis zugänglich ist. Für bestimmte Gebäude kann der Zugang freigeschaltet werden.
- Julian: Probleme in die Bibliothek der Uni zu kommen, PH Studierende wurden des Bücherklaus bezichtigt.

Marta übernimmt Ausführung einer Stellungnahme.

Ende der Sitzung um 18:40